

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Ausgeglichenheit im Osthandel?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1976) : Ausgeglichenheit im Osthandel?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 12, pp. 594-595

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135015>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

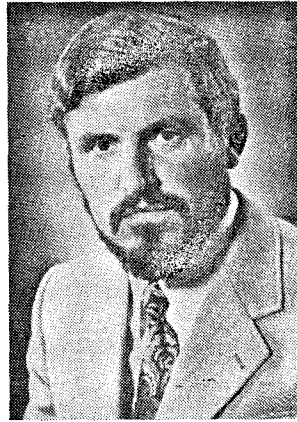
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ausgeglichenheit im Osthandel?

Zu Beginn der 70er Jahre wurde trotz der veränderten Haltung Osteuropas gegenüber einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu den westlichen Industrieländern und trotz eines verbesserten politischen Klimas von vielen nur ein geringes Entwicklungstempo beim Ausbau des Ost-West-Handels für wahrscheinlich gehalten. Man orientierte sich dabei vor allem an der ungünstigen Warenstruktur, unterschätzte aber gleichzeitig das mögliche Ausmaß der westlichen Kreditgewährung an die osteuropäischen Importeure. Heute hat das von Osteuropa im Westen – insbesondere in den beiden letzten Jahren – in Anspruch genommene Kreditvolumen insgesamt nahezu 100 Mrd. DM erreicht.

Auch in der Bundesrepublik wurde schon im Verlauf der Jahre 1974/75 die beschleunigte Verschuldung Osteuropas in Verbindung mit den hohen deutschen Exportüberschüssen kritisch beobachtet. Konjunkturelle – insbesondere beschäftigungspolitische – Aspekte überwogen jedoch in der kurzfristigen Beurteilung dieser Entwicklung. Die Position der Befürworter eines weiteren Ausbaus der Beziehungen war dennoch schwierig. Mit Hinweis auf die ungünstige Entwicklung einiger relevanter Quoten wurden im Extremfall sogar pauschal nur noch Exporte gegen Barzahlung gefordert. Tatsächlich wird der durch osteuropäische Gegenlieferungen ungedeckte Anteil an unseren Exporten seit Jahren größer. Waren es zu Beginn der Beschleunigungsphase im Jahre 1971 weniger als 20 %, so lag dieser Anteil 1973 schon bei nahezu 40 % und erreichte 1975 rund 50 %. Da ungefähr 75 % der durch Gegenlieferungen nicht gedeckten Exporte nach Osteuropa über Kredite finanziert werden mußten, explodierte das aufgelaufene Gesamtkreditvolumen bis Ende 1975 auf rund 20 Mrd. DM. Unter der unrealistischen Annahme, daß sich unsere Exporte auf Null reduzierten, müßten also die osteuropäischen Länder zweieinhalb Jahre lang in dem im Jahre 1975 erreichten Umfang liefern, allein um ihre Verbindlichkeiten zu tilgen.

Seit Jahren werden die westlichen Handelspartner – insbesondere die Bundesrepublik – von den osteuropäischen Regierungen darauf hingewiesen, daß es sich auch ein Land mit einem großen Wirtschaftspotential nicht über Jahre hinweg leisten kann, wesentliche Teile seiner Importe über Kredite zu finanzieren. Die angedeutete Konsequenz zum Zwang niedrigerer Westimporte wurde längere Zeit aber nicht ernst genommen, obwohl auch bei uns keine andere kurzfristig wirksame Lösung angeboten werden konnte. Um so größer ist daher mancherorts die Überraschung, daß es inzwischen im Grunde sämtlichen RGW-Ländern gelungen ist, ihre Importe aus der Bundesrepublik entweder absolut oder relativ zu kürzen. Diese jüngste Entwicklung zeigt, daß die sozialistischen Länder es ernst meinen mit dem Bezahlenwollen, sie wollen auf keinen Fall den Ruf eines guten Schuldners aufs Spiel setzen und damit ihre Aufbauziele gefährden. Polen, Ungarn, der CSSR und Rumänien ist es bereits 1975 gelungen, bei gleichbleibenden Exporten in die Bundesrepublik – mehr ließ unser Konjunkturverlauf nicht zu – ihre Importe zu reduzieren. Im mit Osteuropa erzielten Gesamtergebnis wurde diese veränderte Entwicklung allerdings durch den von der UdSSR im Jahre 1975 erzielten Rekordnegativsaldo von rund 4 Mrd. DM verdeckt.

Nachdem nun das im Osthandel erzielte Ergebnis der ersten neun Monate 1976 vorliegt, kann die Bundesregierung, der die hohe Verschuldung nicht ins osthandelspolitische Konzept paßt, aufatmen. Deutschen Lieferungen in Höhe von 11,6 Mrd. DM nach Osteuropa stehen Bezüge von 7,4 Mrd. DM gegenüber, von Januar bis September 1975 war das Verhältnis von Export zu Import noch 11,6 zu 5,6; d. h. bei fast unveränderten Exporten sind die Importe aus den osteuropäischen sozialistischen Ländern um ungefähr 35 % gestiegen. Erstmals steuert jetzt auch die Sowjetunion den neuen Kurs, so daß die deutschen Überschüsse gegenüber der Sowjetunion um 41 % auf 1,7 Mrd. DM für die ersten neun Monate 1976 gegenüber dem entsprechenden Zeitraum 1975 gesunken sind.

Diese größere Ausgeglichenheit im deutschen Osthandel bedeutet zweifelsohne eine gewisse Entspannung, sie darf jedoch nicht mit der Lösung des Problems gleichgesetzt werden. Denn unverändert – wenn auch mit kleineren Zuwachsraten – wächst das Kreditvolumen. Die Abdeckung der Verschuldung ist also ohne einen zusätzlichen Realtransfer in die Bundesrepublik oder in andere mit Hartwährung zahlende Länder nicht möglich.

Über die Möglichkeiten, die Import-/Export-Schere zu schließen oder sogar in die andere Richtung zu öffnen, können nur relativ vage Vermutungen geäußert werden, insbesondere auch hinsichtlich des Zeitraums, in dem dies geschehen könnte. Sehen wir zunächst auf die Importe der osteuropäischen Länder. Trotz der reduzierten Wachstumsziele in den einzelnen Volkswirtschaftsplänen wird man die notwendigen Produktivitätssteigerungen in Kernbereichen der Entwicklung wohl nur durch den Einsatz weiterer westlicher Technologie in den anvisierten relativ kurzen Zeiträumen realisieren können. Importsteigerungen (real) mindestens in Höhe der Wachstumsrate des Nationaleinkommens werden wohl auch künftig unumgänglich sein. Nicht zuletzt werden die vielen mit westlichen Krediten gebauten Anlagen auch nach der Produktionsaufnahme westlicher Zulieferungen bedürfen. Auch von diesen Folgeimporten wird es abhängen, welche Produktionsmengen in absehbarer Zeit für den westlichen Markt zur Verfügung stehen werden. Kurz, eine mittelfristige Senkung der Westimporte darf wohl für undurchführbar gehalten werden.

Entsprechende sich an langfristigen Zusammenhängen orientierende Überlegungen führen auch hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten der östlichen Exporte nur zu Vermutungen. Soviel scheint klar: die eindeutig nachgewiesene Konjunkturabhängigkeit auch der deutschen Importe aus Osteuropa spricht dafür, daß die im Jahre 1976 erzielten günstigen Exportergebnisse der sozialistischen Länder nicht schlichtweg auf künftige Jahre übertragbar sind, zumal die Ostimporte der Bundesrepublik im Jahre 1976 anscheinend von einmalig auftretenden diversen Nachholeffekten begünstigt gewesen waren. Inwieweit die in den einzelnen osteuropäischen Ländern sich ändernden Produktionsstrukturen die Exportchancen schon in den nächsten Jahren effektiv verbessern können, scheint auch für die beiden größten Schuldner der Bundesrepublik, UdSSR und Polen, fraglich. Obwohl gerade sie große Anstrengungen zeigen, deutet bis heute wenig auf deren kurzfristigen Erfolg hin. Alchimov erwartet für die UdSSR entscheidende Verbesserungen erst nach 1980. Anders sieht es mit den sogenannten Kompensationsgeschäften aus, die eine Abnahme der Produkte durch den westlichen Kompensationsgeschäftspartner von vornherein sicherstellen. Für diesen Bereich hegt auch der jüngste ECE-Bericht optimistische Erwartungen. Die langfristigen Abnahmegarantien könnten am ehesten zum Abbau der hohen Kredite beitragen.

Mit der jetzt eingetretenen Entspannungsphase verschaffen sich die sozialistischen Länder etwas Zeit, einen Konsolidierungsprozeß vorzubereiten. Die Bundesregierung sollte in eingehenden Gesprächen mit den offiziellen Stellen unserer osteuropäischen Handelspartner versuchen, diesen Konsolidierungsprozeß mit abzusichern. Dies könnte z. B. dadurch geschehen, daß Ergänzungslieferungen zu Projekten kurz vor der Produktionsreife durch günstige Verkaufsbedingungen sichergestellt werden. Damit könnten die Produkte aus diesen Anlagen wahrscheinlich in kürzerer Zeit auf den westlichen Märkten angeboten werden. Ein Fragezeichen wird dennoch bestehen bleiben – wie nämlich die konjunkturelle Situation in der Bundesrepublik und den anderen westlichen Industrieländern, aber auch die Gesamtsituation in der EG, aussehen wird, wenn die osteuropäischen Länder in der Lage sind, ihre Produkte bereitzustellen.